

## Strategische Interventionsmöglichkeiten von Attac im Feld Soziales/Umverteilen

Momentaufnahme im Oktober 2010

von Werner Rätz, Attac AG genug für alle

In diesem kurzen Beitrag soll weder eine umfassende Darstellung der laufenden Umverteilung von unten nach oben gegeben werden, noch beansprucht er, alle strategischen Konsequenzen und möglichen Irrwege ausführlich auszuloten. An einigen Beispielen soll vielmehr ein Blick auf einige übergreifende Dimensionen des laufenden Umverteilungsprozesses gegeben werden. Meine Behauptung ist, dass diese derart verallgemeinerbar sind, dass sich daraus ein paar grundsätzliche Schlussfolgerungen für Form und Inhalt möglicher und notwendiger Interventionen ziehen lassen.

1. Die regierenden Eliten haben nicht nur in Deutschland, sondern ebenso in der EU, aber weitgehend auch weltweit ihre grenzenlose Ausgabenpolitik zur Rettung der Banken in eine Spar- und Konsolidierungspolitik überführt. Zwar wird diese mancherorts noch mit weiteren Investitionsanreizen und Wirtschaftsförderungsprogrammen verbunden, aber generell wird die Absicht bekundet, die Schulden der öffentlichen Hände abzubauen. Die so geschnürten Kürzungspakete umfassen in der BRD gut 80 Mrd Euro, EU-weit eine Summe von annähernd einer halben Billion in den kommenden vier bis fünf Jahren.

Das deutsche Programm hat die Spezifik, dass es ganz überwiegend zu Lasten der Beziehenden von Transfereinkommen und anderen materiell sehr verletzlichen Gruppen geht. Es ist damit insofern ein besonderes Element im Klassenkampf von oben, als es gezielte Spaltungen innerhalb der ohnehin Benachteiligten vorantreibt. Damit wird allen Bevölkerungsgruppen am Beispiel von anderen Betroffenen aufgezeigt, welcher Absturz ihnen als nächstes bevorstehen könnte. Das Kalkül, dass daraus kein Effekt der Solidarität, sondern Einschüchterung und Sozialneid entstehen, scheint bisher aufzugehen. Insofern handelt es sich hier also auch um eine Politik, deren moralische Qualität nur als hinterhältig und verkommen bezeichnet werden kann.

Die Bürden, die den ohnehin Benachteiligten aufgebunden werden, sind gigantisch und für diese keinesfalls tragbar. Dennoch zeigen sie jenseits moralischer Erwägungen vor allem eines, nämlich dass sie angesichts der Schuldenberge lächerlich gering sind. Alleine die Rettung der HRE hat fast doppelt soviel gekostet wie das deutsche Sparpaket in drei Jahren einbringen soll. Die öffentlichen Haushalte in den USA sind inzwischen mit über 13 Billionen Dollar verschuldet. Mit Spar- und Kürzungsbemühungen werden die Schulden niemals bezahlbar werden. Meine Behauptung ist, dass es darum letztlich auch gar nicht geht. Es geht nach wie vor darum, das Grundproblem zu lösen, das seit nunmehr fast vierzig Jahren hinter der systemischen Krise des Kapitalismus steht, das da lautet: Wohin mit dem vielen Geld der großen Vermögensbesitzer?

Die Konzerne und diverse Geldsammelstellen haben die Krise genutzt, um weitere Billionen an ungedeckten Finanzansprüchen anzuhäufen, für die sie jetzt händeringend profitable Anlagemöglichkeiten suchen. Die nächste große Kauf- und Übernahmerrunde von Unternehmen steht sicherlich an, aber auch die Privatisierungen öffentlichen Eigentums und sozialer Infrastruktur dienen viel mehr der Schaffung von privaten Investitionsmöglichkeiten als allen anderen Zwecken.

2. Diese doppelte Bedeutung der Umverteilungspolitik – Verschärfung der Armut und Konzentration von noch größeren Finanzansprüchen, die gleichzeitig noch mächtiger und noch schwerer zu bedienen sind – spiegelt sich auf der praktischen Seite auch im zukünftigen Zustand der Sozialsysteme. Schon die Riesterrente und die folgende Nullrunden- und Kürzungspolitik hatte die gesetzliche Rentenversicherung weitgehend zerstört. Heute ist ein Zustand erreicht, in dem die neu ins Berufsleben Einsteigenden damit rechnen müssen, dass sie keine Rente auch nur auf Sozialhilfeniveau erreichen werden, wenn sie nicht an die vierzig Jahre mindestens den

beitragspflichtigen Durchschnittsverdienst erzielen. Eine solche Versicherung braucht niemand und die Akeptanz für die völlige Privatisierung ist eine reine Frage der Zeit.

Nunmehr steht Gleiches für die Gesetzliche Krankenversicherung an. Die Festschreibung der Arbeitgeberbeiträge bürdet nicht nur alle Kostensteigerungen der Zukunft den Versicherten bzw. den Kranken auf, sie löst auch alle bisherigen Kostenbremsen und Sparzwänge im System, damit unbegrenztes Wachstum in diesem von der Bundesregierung als dynamischsten Wirtschaftssektor bezeichneten Bereich überhaupt stattfinden kann. Dieses Wachstum betrifft dann nicht mehr die gute und umfassende Versorgung der Kranken, sondern Wellness- und Lifestyleprodukte einerseits und den Ausbau der privat zu bezahlenden Leistungen andererseits. Für diejenigen, die solche Kostensteigerungen nicht mehr leisten können – die jetzige Planung würde die Zusatzbeiträge in den kommenden 20 Jahren ohne weitere Kostensteigerungen auf 200 Euro monatlich steigen lassen – käme nur eine Kürzung der Leistungen in Frage.

Es ist keine gewagte Prognose, dass in wenigen Jahren auch in Deutschland eine Zahl von mehreren Millionen Menschen nicht mehr über einen Krankenversicherungsschutz verfügen wird, der das medizinisch Notwendige abdeckt. Systematisch werden auch im Bereich der Öffentlichen Daseinsvorsorge mit der Schaffung von Anlagefeldern für private Investoren die Gebrauchswerte zerstört, die von den Sozialsystemen bisher zur Verfügung gestellt wurden. Im Unternehmenssektor ist dies im Zuge der Finanzialisierung der Ökonomie ja schon länger zu beobachten. Nicht mehr die Profitabilität der Produktion eines Unternehmens oder Unternehmensteils entscheidet über seinen Bestand, sondern sein Börsenwert. Viele durchaus produktive Betriebe wurden in den letzten Jahren abgewickelt. Im Bereich der Sozialsysteme ist diese Entwicklung insofern besonders dramatisch, als hier mehr oder weniger schon Elemente einer gebrauchswertorientierten Ökonomie vorlagen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an kapitalistischen Wachstums- und Verwertungszwängen orientierten.

3. Dieser Aspekt unserer Kritik an der aktuellen Entwicklung wird leider wieder einmal von vielen anderen Akteuren noch nicht gesehen. Ebenso wie bei der rot-grünen Zerstörung des Rentensystems haben auch jetzt z. B. Gewerkschaften keine Aufmerksamkeit für die Gebrauchswertseite, sondern interessieren sich nur für die Arbeitsplätze. Die IG Metall mag da als besonders schlechtes Beispiel dienen, vermittelt sie doch den Eindruck, dass sie mit der Krisenpolitik der Bundesregierung nicht nur zufrieden sei, sondern scheint teilweise sogar die Autorenschaft für diese Politik zu beanspruchen, was z. B die Kurzarbeit und die Exportorientierung angeht. Dass mit der erfolgreichen Exportoffensive der deutschen Wirtschaft vor allem Erwerbs- und Einkommenslosigkeit exprotiert wird, gerät dabei weitgehend aus dem Blick.

Aus diesen drei generellen Tendenzen herrschender Krisenpolitik – Schaffung von Anlagemöglichkeiten für große Investoren, Zerstörung der Gebrauchswerte zugunsten von Finanzansprüchen, Verstärkung der weltweiten ökonomischen Ungleichgewichte – lassen sich meiner Meinung nach drei Schlussfolgerungen für unsere Handlungsorientierung gewinnen.

a) Wir benötigen dringend eine umfassende ökonomische Alphabetisierung. Die dominante, auch in großen Teilen der kritischen Öffentlichkeit transportierte Sicht auf die Krise bleibt in Oberflächenphänomenen stecken. So ist es zwar durchaus wichtig und richtig, die Verarmungsprozesse durch Kürzungspaket, Gesundheitsreform und Vernachlässigung der Binnenwirtschaft zu kritisieren, aber ein Verständnis dessen, was an Triebkräften hinter dieser Entwicklung steht, wird so alleine noch nicht gewonnen.

Wir haben in Attac D mit den Erklärungen der Ratschläge von Düsseldorf und Leipzig gute und kritische Analysen begonnen. Aber sie sind noch zu wenig im Netzwerk verbreitet. Im Alltag sind viel Attacies noch unsicher in ihrer Argumentation und wissen sich nicht so recht gegenüber den Erklärungen des linksreformistischen Mainstreams abzugrenzen und unsere Spezifika zu betonen. Eine umfassende Informations- und Diskussionskampagne in und mit den Gruppen und in ihrem Umfeld sollte angepackt werden.

Dabei müsste es darum gehen, zu verdeutlichen, dass die soziale Frage letztlich der Kern aller Globalisierungskritik ist. Dabei ist „sozial“ hier nicht als klassische Sozialpolitik, sondern im Sinne Globaler Sozialer Rechte zu verstehen, wie wir sie in Gladbeck auf dem Ratschlag diskutiert haben. Ein solches Konzept umfasst zwingend den Ausstieg sowohl aus der Finanzialisierung der Ökonomie wie aus dem kapitalistischen Wachstumszwang und hat sich im dreifachen Motto der letzten Sommerakademie ja auch schon ausgedrückt

b) Die Richtschnur, an der wir uns im Gestrüpp der konkreten Forderungen und Alltagsansprüche orientieren können, müsste dabei die der bedarfsorientierten Ökonomie sein. Alles, was in diese Richtung geht oder zumindest dahin ausgebaut werden könnte, ist aus unserer Sicht zu befördern, alles, was lediglich Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten schafft, ist abzulehnen. Eine solche Sicht überschneidet sich oft mit dem Interesse z. B. an Arbeitsplätzen, folgt aber einer anderen Logik und steht manchmal auch gänzlich quer dazu.

Ein gutes Beispiel, an dem diese Orientierung durchgedacht und im Detail entwickelt ist, ist die Solidarische BürgerInnenversicherung. Sie würde etwa im Bereich der Gesundheitsversorgung verlangen, dass alle Menschen einen gesetzlichen Versicherungsschutz hätten, der aus allen Einkommen und den Unternehmensgewinnen bezahlt würde und der alles für die Kranken kostenlos zur Verfügung stellen würde, was zu ihrer Behandlung medizinisch sinnvoll und nötig ist. In einem solchen System spielen Marktgesichtspunkte keine Rolle mehr.

c) Angesichts der immer stärkeren Dominanz der Verwertungsinteressen wird die Frage immer dringender, wie man nicht nur Recht hat, sondern auch Recht kriegt. In einem Konzept Globaler Sozialer Rechte steht dafür der Gedanke der Aneignung. Aneignung in diesem Sinne heißt nicht, dass sich einfach nimmt, wer etwas braucht. Vielmehr geht es darum, dass die Menschen ernst damit machen, ihre eigenen Interessen in die eigenen Hände zu nehmen. In diesem Sinne geht es also zuerst einmal um Selbstermächtigung: Wir sind nicht darauf angewiesen, darauf zu warten, dass Politik oder Behörden unsere Forderungen erfüllen, sondern wir dürfen und können selbst etwas dazu tun, uns unsere Rechte zu nehmen.

Das wird nur selten in direkter Form möglich sein, etwa in kollektiven Umsonstfahractionen oder Ähnlichem. Möglich wird aber vielfach ein Agieren sein, das letztlich den Kern des Streikkonzepts auf gesellschaftliche Vorgänge überträgt, wie es die vorgeschlagene Bankenblockade der AG Georg Büchner beinhaltet hatte. Dabei geht es darum, der Gegenseite einen begrenzten Schaden anzudrohen und auch tatsächlich zuzufügen. Das wird in der Regel eher ein Image- als ein wirklich bedeutsamer ökonomischer Schaden sein, aber dieser Aspekt ist trotzdem auch immer dabei. Ziviler Ungehorsam ist bisher bei Attac noch nicht sehr verbreitet, wird aber, wenn Bewegungen erfolgreich sein wollen, zunehmend integriert werden müssen.

Neben die Symbolpolitik von Demonstrationen, Aufrufen, Unterschriftensammlungen (die alle nach wie vor ihre Bedeutung behalten) sollten Nadelstiche direkter Aktionen treten. Stuttgart 21, aber auch die kommenden Castortransporte und vor allem die Antinaziblockaden der letzten Jahre zeigen, dass solche Aktionsformen höchst wirksam sein können. Sie sind ebenso wie Streiks kein Störfall der Demokratie, sondern geradezu ein Instrument bürgerschaftlicher Teilhabe. Dass sie gegen rechtliche und politische Widerstände (und zum Teil auch gegen Bedenken in den eigenen Reihen) erst erkämpft werden müssen, ändert nichts an ihrer Berechtigung und Notwendigkeit.